

Wirtschaft



Nutella-Chef schließt Börsengang aus

ROM (APA). Der Chef des italienischen Schokogiganten Ferrero hat einen Börsengang seines Unternehmens ausgeschlossen. „Wir haben die Ressourcen, unser Wachstum alleine zu finanzieren“, sagte Giovanni

Ferrero (im Bild) in einem Interview. Heute sei es wegen des Drucks von Vertretern der Investmentfonds bei den gelisteten Unternehmen riskanter als vor einiger Zeit, an die Börse zu gehen.

Brennercom: Neue Eigentümer in Register eingetragen

BOZEN. Die geänderten Gesellschaftsverhältnisse beim Südtiroler Kommunikationsdienstleisters Brennercom wurden im italienischen Register der Kommunikationsanbieter (RKA) eingetragen, wie die Brennercom in einer Aussendung mitteilt.

Das RKA wurde von der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen (AGCOM) eingerichtet, um die Transparenz und die Öffentlichkeit der Eigentümerverhältnisse zu fördern.

Im RKA sind alle Kommunikationsanbieter gelistet. Neben einer jährlichen Mitteilung sind die Kommunikationsanbieter verpflichtet, die Übertragung oder Löschung von Aktien oder Teilhabern innerhalb von 30 Tagen zu melden. Die Brennercom ist dieser Meldepflicht nun nachgekommen und hat die neuen Eigentümerverhältnisse mitgeteilt.

Die Meldung erfolgte online und ohne Hindernisse, heißt es weiter in der Aussendung.

Top-1000-Banken weltweit: Volksbank auf Platz 1 in Südtirol

BOZEN. Das internationale Bankenmagazin „The Banker“ reiht die Südtiroler Volksbank als erste Bank in Südtirol. In der Wertung der 1000 größten Banken weltweit steht die Volksbank auf Platz 789 beziehungsweise an 23. Stelle der Geldinstitute in Italien, wie die Bank in einer Aussendung mitteilt.



Die internationale Zeitschrift „The Banker“, die von der britischen Zeitung „Financial Times“ herausgegeben wird, analysiert jährlich die Bilanz- und Geschäftsdaten von Banken weltweit und untersucht dabei Kategorien wie Kapitalstärke, Größe, Bonität, Gewinn und Performan-

Die Daten werden verglichen und gelistet.

In Italien führt Unicredit die Liste an, weltweit ist es die chinesische ICBC. Insgesamt werden Banken aus über 100 Ländern gelistet.

Italiens Industrie produziert so viel wie seit 2011 nicht mehr

ROM (APA). Italiens Industrie hat im Mai überraschend kräftig zugelegt. Die Betriebe erhöhten ihre Produktion gegenüber April um 0,9 Prozent, auf Jahresbasis betrug das Plus drei Prozent, wie das Statistikamt Istat gestern mitteilte. Das ist ein Rekord seit August 2011, als die Industrieproduktion um 7,1 Prozent zugelegt hatte. In den ersten fünf Monaten 2015 ist die Industrieproduktion um 0,5 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 gestiegen. Einen Produktionsanstieg meldeten die Energieversorger, sowie die Hersteller von Investitions- und Vorleistungsgütern. Zuletzt hatte es positive Signale gegeben. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im ersten Quartal um 0,3 Prozent und damit so stark wie seit Mitte 2013 nicht mehr.



Spanien erhöht Wachstumsprognosen

MADRID (dpa). Die konservative Regierung hat in Spanien die Wachstumsprognosen im früheren Euro-Krisenland erhöht. Für das laufende Jahr geht die Regierung von einer Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 3,3 Prozent aus – 0,4 Punkte mehr als bislang erwartet. In einem gestern gebilligten Rahmenplan wurde außerdem die für 2016 vorgesehene Zunahme des BIP von 2,9 auf 3,0 Prozent erhöht. Die Arbeitslosenrate von derzeit 23 Prozent soll unterdessen bis Jahresende auf 21,1 und bis Ende 2016 auf 19,7 Prozent gedrückt werden.

EURIBOR			
Euribor	Laufzeit	Kurs 360	Kurs 365
	1 Monat	-0,071	-0,071
	2 Monate	-0,039	-0,039
	3 Monate	-0,018	-0,018
	6 Monate	0,049	0,049
	12 Monate	0,163	0,165

DEVISEN			
1 Euro entspricht:	Kurs	%	T
US-Dollar	1,1147	+0,96	▲
Japanischer Yen	136,8800	+2,10	▲
Englisches Pfund	0,7195	+0,22	▲
Schweizer Franken	1,0494	+0,19	▲

ROHSTOFFE			
	US-\$/Feinunze	%	Euro/Gramm
Gold	1.161,93	+0,20	33,51
Silber	15,54	+0,93	0,45
	US-\$/je Barrel	%	
Rohöl (Brent)	58,82	-0,12	

Kurse von 18 Uhr



Die Griechenlandkrise und ein möglicher Ausstieg des Landes aus dem Euro halten seit Monaten Europa in Atem. Um die Situation nicht weiter zu verschlimmern und zu verteuern, braucht es endlich Entscheidungen, auch wenn sie unpopulär sind, sagen Peter Hilpold und Walter Steinmaier.

Shutterstock

„Schuldenschnitt muss her“

FINANZEN: Walter Steinmaier und Peter Hilpold über die Griechenlandkrise, ihre Kosten und ihre Lösung

BOZEN. In der Griechenlandkrise braucht es unpopuläre Entscheidungen und vor allem einen Schuldenschnitt: Dafür sprechen sich die an der Universität Innsbruck lehrenden Professoren Walter Steinmaier und Peter Hilpold aus. Das Hinausschieben einer Entscheidung mache die Lage nur noch schlimmer.



„Es nützt nichts, einem Verhungerten eine Fastenkur zu verordnen.“

Peter Hilpold, Universität Innsbruck



„Das Nichthandeln und die laufende Gewährung von Überbrückungsfinanzierungen stellen die kostspieligste Lösung dar.“

Walter Steinmaier, Universität Innsbruck

„Dolomiten“: Es hat den Anschein, als ob die Griechenlandkrise zum Dauerthema würde. Jede Woche gibt es weitere Zuspitzungen und eine Lösung ist nicht in Sicht.

Walter Steinmaier: Das ist zutreffend. Bislang wurde die Agonie Griechenlands nur verlängert. Eine substantielle Lösung des Problems ist nicht erkennbar. Die Wirtschaft Griechenlands ist weiter im Sinkflug. Von einem völligen Zusammenbruch sind wir nicht mehr weit entfernt. Peter Hilpold: Das Hinausschieben einer wirklichen Lösung aber ist mit enormen Kosten – wirtschaftlicher und sozialer Art – verbunden. Allein das Referendum der vergangenen Woche hat zwei Prozent des griechischen Bruttoinlandsproduktes gekostet – Mittel, die einem völlig verarmten Land nun noch zusätzlich fehlen.

„D“: Was wäre aber die Lösung? Hilpold: Wir werden an Entscheidungen nicht vorbeikommen, die sowohl in Griechen-

land als auch in der EU äußerst unpopulär sind. Dazu gehört ganz zentral ein Schuldenschnitt. Griechenland fordert zumindest 30 Prozent. Es werden aber 50 Prozent nötig sein. Steinmaier: Und als weiterer Schritt müsste Griechenland entweder den Euro aufgeben oder die Wirtschaftspolitik weitgehend an die EU abtreten. Beide Entscheidungen wären mit weiteren, harten Einschnitten verbunden. Es geht jetzt nur mehr darum, das mildere Mittel zu wählen und die Ansteckungsgefahr für den restlichen Euro-Raum zu begrenzen.

Hilpold: Beides ist aber schwer zu bewerkstelligen, gerade weil sich die Bevölkerung in Griechenland und in der EU insgesamt der Dimension der Problematik nicht bewusst ist. Die fun-

damentale Wirtschaftskrise dieses Landes lässt sich weder durch eine Volksabstimmung noch durch eine Aufforderung zu noch mehr Sparen beheben. Es nützt nichts, einem Verhungerten eine Fastenkur zu verordnen.

„D“: Aber ein Schuldenschnitt wäre doch weder rechtlich noch politisch möglich?

Steinmaier: Das stimmt, zumindest auf den ersten Blick. Und dabei sehe ich das politische Problem sogar als das heiklere. Denn jede Rechtsnorm lässt sich abändern, wenn ein politischer Wille da ist. Zahlreiche Staaten des Euro-Verbandes haben aber bereits eine schwierige Sanierungsphase hinter sich und die Bevölkerung in diesen Staaten sieht nicht ein, weshalb für Grie-

chenland Sonderregeln gelten sollen. Und dann kommt natürlich die mögliche negative Beispielwirkung hinzu, vor der sich alle fürchten.

„D“: Andererseits befinden wir uns jetzt in einer absoluten Ausnahme-situation.

Hilpold: Genau. Selbst wenn man nur auf die Interessen der Euro-Staaten insgesamt schauen wollte, ist eine Rettung Griechenlands sinnvoll. Eine Verschuldung von 180 Prozent des BIP ist nach allen bisherigen ökonomischen Erkenntnissen nicht tragfähig. Ein ungeordnetes, chaotisches Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro-Raum hätte unabsehbare Folgen für den Euro und für die Weltwirtschaft insgesamt. Damit wäre niemandem gedient. Der Schaden wäre weit größer als jener aus einem partiellen Forderungsverzicht. Aber da die Einsicht dafür fehlt, werden die wöchentlichen Krisengipfel wohl zur Normalität werden, ohne dass die Probleme Griechenlands und des Euro-Raums wirklich gelöst werden.

Steinmaier: Das Nichthandeln und die laufende Gewährung von Überbrückungsfinanzierungen stellen die kostspieligste Lösung dar. Aber sie ist, wie es scheint, politisch die einzige mögliche. Und selbst diese – letztlich nicht zielführende – Unterstützung wird konkrete Reformversprechen von Seiten Griechenlands voraussetzen.

© Alle Rechte vorbehalten

GASTKOMMENTAR

Diplomatie geht nicht ohne Demokratie

Es steht mal wieder der alles entscheidende Euro-Gipfel vor der Tür, um einen Grexit abzuwenden. Es sei nur noch eine Frage von Tagen, so Merkel am Anfang dieser ereignisreichen Woche. Das aber hängt vom Ausgang des Gipfels ab. Einigt man sich nicht, wird ein Grexit wohl kommen. Einigt man sich aber, wird es noch viele Euro-Gipfel geben bis ein Grexit vom Tisch ist.

Schade, dass das Referendum für beide Seiten keine große Rolle mehr spielt. Dabei hatte das griechische Volk die Chance, selbst zu wählen: im Euro bleiben, aber auch sich zu Reformen verpflichten; oder eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmen, aber dann mit eigenem Geld und der Drachme.

Danach hätte das überwältigende „Nein“ also den Grexit bedeutet. Tsipras aber sieht nur ein „Nein“ zu den Sparmaßnahmen. Doch über die Rettungspolitik können die Griechen nicht alleine bestimmen. Darüber entscheiden auch all jene, die letzten Sonntag nicht zur Wahl aufgerufen waren, wie Sie und ich. So viel zum demokratischen Verständnis. In Europa ist man über das klare „Nein“ ebenso überrascht, dass man es lieber als innere Angelegenheit der Griechen abtut. Also wieder Gipfeldiplomatie in Brüssel.

Natürlich sind alle einverstanden, dass man wieder verhandelt. Und viele fügen hinzu, dass es doch um Europa geht und nicht nur um Euros. Mag sein. Aber in Brüssel wird über ein drittes Hilfspaket verhandelt



von Stefan Raffaeiner*

und nicht über Platon philosophiert. Griechenland braucht nicht nur Geld, sondern umfassende Reformen und zwar im eigenen Interesse. Der Unterschied zu den erfolgreicher aus der Krise gekommenen Ländern Irland und Portugal liegt auch daran, dass man in Griechenland den Reformkurs immer als von Brüssel aufgezwungen gesehen hat statt als Chance. Mit konstruktiver Kritik und Zusammenarbeit an und mit der Troika hätte man den Fokus früher und

besser von reinen Einsparungen hin zu strukturellen Reformen verschieben können.

Die Entscheidung liegt weiterhin bei den Griechen selbst. Ihnen wird nun ein Reformpaket angeboten, das im Großen und Ganzen dem entspricht, was sie letzten Sonntag abgelehnt haben. Denn man wird auch in Brüssel das Rad nicht neu erfinden. Wenn aber die Griechen diesen Weg weiter ablehnen, kann man das ignorieren und weitere Euro-Gipfel einberufen. Oder man muss die Ablehnung der Griechen irgendwann zur Kenntnis nehmen und den Grexit akzeptieren. Aber vielleicht findet in Athen ja gerade ein Umdenken statt.

*Humboldt-Universität Berlin raffaeiner@jura.hu-berlin.de